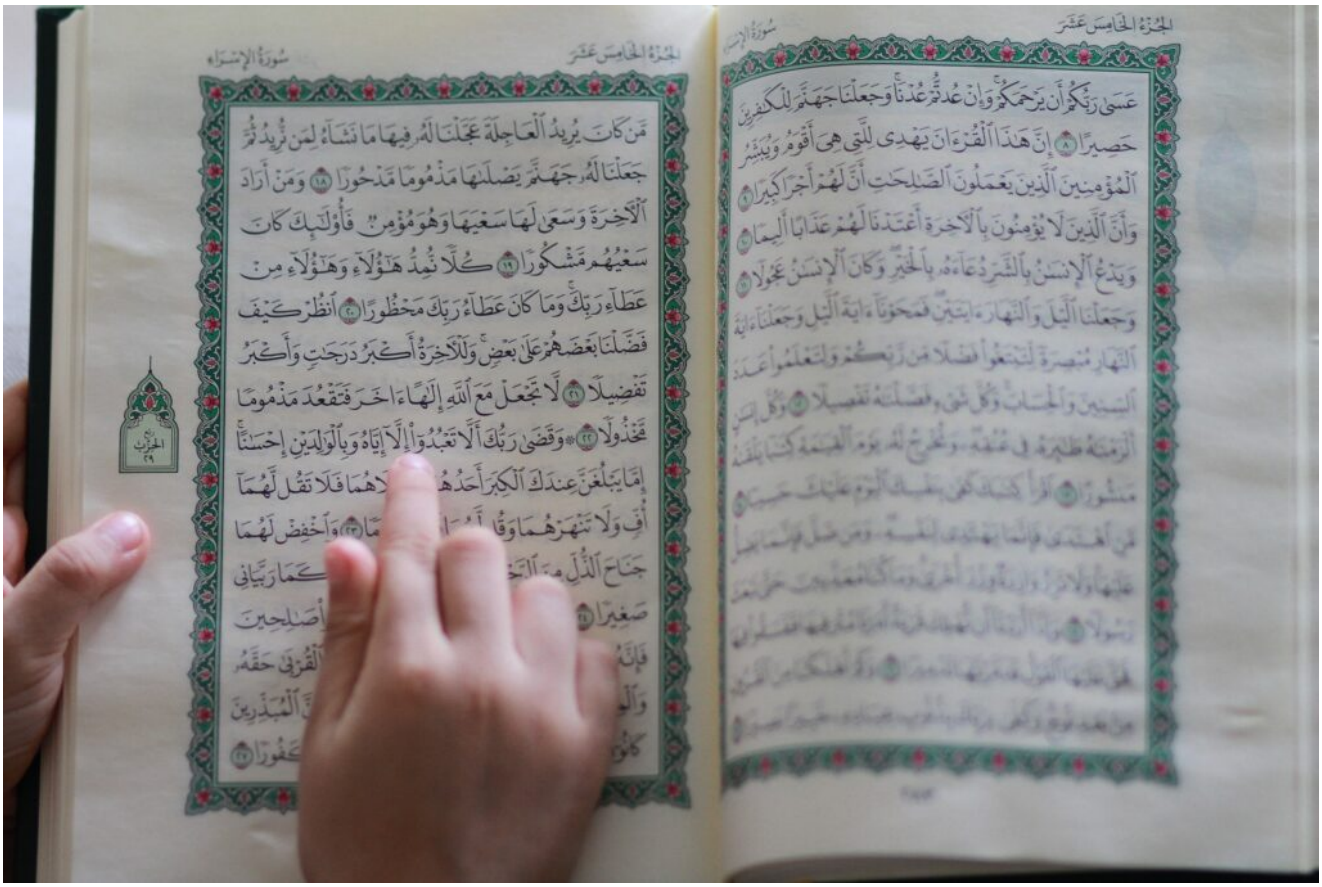
Ruf nach einer besseren staatlichen Kontrolle von Koranschulen

30. Dezember 2021



Berlin (KNA) Nach einer Fachtagung über religiös motiviertes Mobbing an Schulen in Berlin-Neukölln werden in der Landespolitik Forderungen nach Konsequenzen laut. „Wir brauchen einen besseren Einblick und eine bessere staatliche Kontrolle der Koranschulen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Tom Schreiber, der „Welt“ (Dienstag). „Es kann nicht sein, dass einigen Schülern am Wochenende das Gegenteil der Unterrichtsinhalte aus der Schule beigebracht wird.“

Die Finanzierung einer geplanten Anlauf- und Dokumentationsstelle „Konfrontative Religionsbekundung“ ist bislang offen. Das Bundesfamilienministerium hatte dem Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (Devi) und dem Bezirksamt Neukölln bislang lediglich eine dreimonatige Evaluation des Problems bewilligt. „Bund und Land sind gemeinsam in der Pflicht, eine auskömmliche Finanzierung dauerhaft sicherzustellen“, sagte der Berliner CDU-Fraktionschef Kai Wegner. „Unser liberales Berlin duldet keine autoritäre Bevormundung durch selbsternannte Sittenwächter. Wir müssen den Dominanzanspruch durch den politisch-fundamentalen Islam klar zurückweisen.“

Für den Berliner AfD-Fraktionsvize Thorsten Weiß reiht sich die fehlende dauerhafte Finanzierung in „die herrschende Kultur der falsch verstandenen Toleranz“ ein. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Paul Fresdorf, sagte: „Schulen müssen Tempel des Wissens und Lernens sein, religiöse Konfrontationen sind hier fehl am Platz. Der Senat muss Möglichkeiten ausloten, die eine langfristige Finanzierung der Anlauf- und Dokumentationsstelle ermöglichen.“

Ziel der Devi-Fachtagung am 20. Dezember war es, Neuköllner Schulen beim Umgang mit „konfrontativen Religionsbekundungen“ zu unterstützen. Bei der Online-Konferenz wurden auch erste Bestandsaufnahmen zu dem Thema vorgestellt.

© KNA

Beitragsbild: shzern via Pixabay

Stand: 13. November 2026